

# Haushaltsrede Guido Déus, CDU

## Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Bonnerinnen und Bonner,

Politik sollte das Machbare erkennen, das Notwendige ändern und das Mögliche wagen. Dabei sollten wir uns immer bewusst sein, dass wir die Treuhänder nachfolgender Generationen sind. Unsere Verantwortung ist es also, so zu haushalten, dass unsere Kinder und Enkel ihre Vorstellungen ebenfalls realisieren können.

Mit Haushaltspolitik kann man keine Wahlen gewinnen, diese aber verlieren. Sie ist die Königsdisziplin der Kommunalpolitik. Der von der Oberbürgermeisterin vorgelegte Haushalt belastet zukünftige Generationen, führt zu schwindelerregenden Schulden und ist Diletantismus pur.

Deshalb erläutere ich unsere Positionen einer vernünftigen und verantwortungsvollen Haushaltspolitik, einer Politik, die sich nicht wegduckt und auch in schwierigen Zeiten Verantwortung übernimmt.

Dabei möchte ich ein paar Begrifflichkeiten klären: Sparen bedeutet, dass wir Geld, das wir haben, nicht ausgeben.

Realismus ist, dass wir Geld, das wir haben, gut überlegt und kalkuliert investieren, wenn es dem Wohl der Stadt und der Bürgerschaft dient.

Ihre Haushaltspolitik ist hingegen, Geld, das wir nicht haben, ideologiesteuert trotzdem auszugeben und die Menschen zu gängeln.

Aufgrund der Arbeit unserer Vorgänger, frisch aus der Haushaltssicherung entlassen, wird die Verschuldung unserer Stadt nun von 1,8 auf 3,7 Mrd. Euro verdoppelt. Der Stellenplan wurde – seit der Kommunalwahl – um rund 700 Stellen aufgebläht.

Und als wäre dies nicht schon dumm genug, wird die Steuerschraube angekurbelt. Und das in Zeiten wie diesen. Kurz nach Corona-Krise und während den stärksten Kostensteigerungen der letzten Jahrzehnte.

Das Haushaltsverfahren hatte wenig zu tun mit „Haushaltswahrheit und Klarheit“ oder fachlich orientierten Beratungsprozessen. Transparenz oder ein der Situation angemessener Informationsstand der Ratsmitglieder - Fehlanzeige.

Im Gegenteil, wir wurden mehrfach getäuscht:

1. Bis Ende der Osterferien hat man uns in dem Glauben gelassen, Steuererhöhungen seien nicht notwendig.
2. Erst mit Schreiben vom 14.4. war klar, dass die Verwaltung die „weiße Fahne“ hisst, da sie uns massive Steuererhöhungsvarianten vorschlug.
3. Den „blauen Brief“ der Kommunalaufsicht vom 14.03. hat man uns so lange vorenthalten, bis der „Klimaplan“ beschlossen war.

Seit dem Ratsnewsletter vom 25.4. wissen wir, dass sich die Situation leicht verbessert hat.

Lange hat man versucht, uns ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit vorzugaukeln und das, obwohl Personalrat und Opposition schon 2022 auf unrealistische Finanzansätze – z. B. bei den Tarfkostensteigerungen – hingewiesen haben. Die zu erwartenden Besoldungssteigerungen der Beamtinnen und Beamten sind immer noch nicht eingepreist.

Das Schreiben der Kommunalaufsicht, welches die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts in Zweifel zieht, in dem der Oberbürgermeisterin attestiert wird, dass jegliche Konsolidierungsbemühungen fehlen und der Personalaufwuchs nicht tolerierbar sei, wurde uns erst vorgelegt, nachdem die „heilige Kuh“ Klimaplan durchgeboxt war.

## **Aber Sie thematisieren lieber „Mehrkosten“ durch CDU-Änderungsanträge:**

Die Anträge der CDU sollen 19 Mio. Euro zusätzliche Haushaltsbelastung bedeuten. Mir scheint die politische Mehrheitskonstellation nur unzureichend zwischen konsumtiv und investiv unterscheiden zu können.

Etwa 4 Mio. Euro hiervon sind investive Mittel. Der größte verbleibende Teil ist die 100%ige - Finanzierung der freien Kita -Träger mit weiteren gut 7 Mio. Euro.

Vergessen haben die Koalitionäre offensichtlich, dass durch den zwischen Oberbürgermeisterin und freien Trägern vereinbarten Stufenplan rd. 6 Mio. Euro anfallen. Lediglich das Delta wäre uns zuzurechnen. Eine gute Million Euro, die helfen würde, KiTa-Gruppen zu erhalten und zusätzliche zu errichten.

Denn wir reden über die Umsetzung eines **Rechtsanspruches**, über eine kommunale Pflichtaufgabe. Jeder fehlende Betreuungsplatz muss zu deutlich teureren Konditionen kommunal bereitgestellt werden.

Die auskömmliche Finanzierung von Kita und OGS ist ein Garant für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher sind wir bereit, den Eigenanteil der Kita - Träger solange zu 100 Prozent aus dem städtischen Haushalt

zu übernehmen, bis es Lösungen auf höheren Ebenen gibt.

Sie hingegen riskieren Gruppenschließungen und setzen keinen Anreiz für die Errichtung neuer Gruppen. Das ignoriert das fehlende Platz- und Betreuungszeitenangebot. Ein finanzpolitischer Taschenspielertrick, der zu Haushaltsnachmeldungen führen wird.

So schmilzt Ihr 19 Mio. Euro Vorwurf um 10 bis 11 Mio. Euro. Und so könnte ich jetzt weiter machen...

Zudem finden sich bei den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen welche, die wir als alternativlos betrachten. Dazu gehört z. B. die 1 Mio. Euro für die Sanierung des Schwimmbades des Gustav-Heinemann-Hauses, um „Behindertenschwimmen“ in Bonn überhaupt aufrecht erhalten zu können.

Ähnlich zu betrachten sind die rd. 2,5 Mio. Euro mehr, z. B. für einen besser finanzierten Jugendförderplan, Hebammenambulanz, bessere Förderung von offenen Jugendeinrichtungen, Frühe Hilfen, Familienbildungsstätten, denn hier hat die Ratsmehrheit teils ähnliche Anträge gestellt oder vergessen, diese in ihrer Rechnung abzuziehen.

Auch die seitens Grüne/SPD/Linken/Volt vorgeschlagene Reduzierung der Personalkostenerstattung der „freien Wohlfahrtspflege“ finden wir verantwortungslos und einen unsozialen Taschenspielertrick.

Denn ein Teil der von diesen geleisteten Aufgaben sind wiederum Pflichtaufgaben, bei denen wir kommunal eine Erstattungspflicht haben.

Realistisch betrachtet, liegt der Mehrbedarf durch unsere Anträge bei max. 5 Mio. Euro und wir benennen Ihnen ein Vielfaches an Einsparvolumen.

**Bei einem Haushalt der knapp 1,7 Mrd. Euro umfasst, nur 0,3% um unseren Haushalt sozial gerechter, bürgerfreundlicher und inhaltlich ausgewogener zu gestalten!**

Fünf Monate nach Vorliegen des Haushaltes wird nun heute die Koalition hektisch und schlägt am Tag des Haushaltsbeschlusses Einsparungen und bislang nirgends diskutierte andere Steuererhöhungen vor. Vermutlich um sich feiern zu lassen, die Gewerbesteuererhöhung leicht abgemildert zu haben.

**Dieses Vorgehen ist im höchsten Maße unseriös und dabei lassen Sie zudem noch wichtige Bereiche im wahrsten Sinne des Wortes „links“ liegen:**

**Zum Beispiel den Bereich Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung:**

Beschwerden und Rückmeldungen aus der Bürgerschaft zeigen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum an vielen Stellen gestört ist. Gleiches gilt hinsichtlich einer zunehmenden Vermüllung öffentlicher Plätze und Anlagen.

Doch Regeln, die wir aufstellen, müssen auch kontrolliert und Verstöße geahndet werden. Deshalb könnten Stellen, die sich dem Willen der politischen Mehrheit zufolge derzeit um Parkverstöße oder Blitzermarathons kümmern, in den genannten Bereichen besser eingesetzt werden.

Wir haben entsprechende Anträge gestellt, zum Beispiel die zeitnahe Beschaffung eines vierten Einsatzfahrzeuges und die Einrichtung der erforderlichen Stellen für den Stadtordnungsdienst.

### **In Sachen städtische Dienstleistungen und Bürgerservice:**

Bereits vor der letzten Kommunalwahl hat die CDU-Fraktion darum gekämpft, den eigenen Fehler einer überzogenen Zentralisierung der Bürgerdienste wieder rückgängig zu machen und den Bürgerservice in den Stadtbezirken zu stärken.

Jetzt wissen wir, das Dienstleistungszentrum im Stadthaus wird wegen Brandschutzarbeiten für längere Zeit seinen Standort verlassen müssen. Bevor teure Büros

angemietet werden, bietet es sich an, den Bürgerservice in den Bezirksrathäusern auszuweiten und zusätzlich eine Digitalisierungsoffensive zu starten.

Apropos Digitalisierung: Bonn war Pilotstadt in NRW in Sachen „Digitalisierung der Gremienarbeit“. Doch für eine professionelle Übertragung von Sitzungen – und damit die Transparenz unseres Handelns – wird im städtischen Haushalt keine Vorsorge getroffen.

### **Aber Sie versagen selbst bei den realen Umsetzungsmöglichkeiten im Klimaschutz!**

Die gewünschten „PS“ in Sachen städteigenem Klimaschutz müsste unser Städtisches Gebäudemanagement (SGB) erbringen. Doch neue Aufgaben und Großprojekte sowie unbesetzte Personalstellen zeigen, das SGB muss von Aufgaben entlastet werden.

Auch hierfür haben wir Vorschläge unterbreitet, z. B. die Feuerwehrgebäude aus dem SGB herauszulösen und diese von einer Bauabteilung der Feuerwehr unterhalten zu lassen. Diese Idee stammt von der Feuerwehr selbst, wir haben sie nur aufgegriffen.

Oder eine städtische Gesellschaft zu gründen, die Sanierung und Neubau von KiTa und Schulgebäuden zum Gegenstand hat nach dem Vorbild Kölns. Der Sanierungsstau, die alten Toilettenanlagen, die zugigen Fenster schreien nach neuen Lösungswegen.



Beides sind Möglichkeiten, dem Umsetzungsstau in der Verwaltung entgegenzuwirken, denn die Feuerwehr kennt keine Nachwuchsprobleme und separate Gesellschaften können anders bezahlen als die Stadt.

Für die CDU steht fest, dass Großprojekte wie Stadthaus, Oper oder Stadthalle Bad Godesberg zukünftig durch Externe umgesetzt und gesteuert werden müssen. **Nur so ziehen wir Lehren aus dem Debakel und unserer Fehlentscheidung zur Beethovenhalle.**

Würde man unserem Ansatz folgen, würden notwendige Ressourcen im SGB frei, um die Sanierung und energetische Ertüchtigung städtischer Gebäude sowie den Ausbau von Photovoltaik auf städtischen Dächern deutlich voranzutreiben.

Denn ohne eine städtische Vorreiterrolle – nur 70 von 1.000 städtischen Dächer haben Photovoltaik – wird die für 2035 angestrebte Klimaneutralität nicht erreicht. Politik und Verwaltung können von Bürgerinnen und Bürgern nur erwarten, was sie selbst vorleben.

**Klimaneutralität wird auch ohne Verkehrswende nicht funktionieren!**

Dafür braucht es zunächst einen deutlich verbesserten ÖPNV. Dieser muss verlässlich, bequem, taktverdichtet, sauber, sicher und bezahlbar sein. Wir benötigen ganz

konkret kostengünstige Park & Ride-Anlagen, die das Umsteigen so komfortabel wie möglich gestalten. Nur so können wir zum Umstieg vom Auto in Bus und Bahn animieren. **Doch Ihre Prioritäten sind andere, dazu später mehr...**

## **Kommen wir zu Bonns politischer Mehrheit und ihrem Verhältnis zum städtischen Personal:**

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wertvollste Ressource, das Rückgrat für jedes Unternehmen und auch für unsere Verwaltung. Ohne sie läuft gar nichts!

Die Tarifkostensteigerung und damit unsere städtischen Beschäftigten für unsere Haushaltssituation oder Steuererhöhungen verantwortlich zu machen, war ein absolutes „no go“. **Sie sollten sich bei den Beschäftigten dieser Stadt entschuldigen!**

Die reich ausgestatteten Programmbüros bei der Oberbürgermeisterin sind eine unnötige Doppelstruktur innerhalb der Verwaltung und bewegen sich jenseits der in der NRW-Gemeindeordnung festgelegten Zuständigkeiten.

Nun sollen also hunderte zusätzliche Personalstellen kommen, aber Sie können sicher sein, dass Sie dadurch keinen schnelleren Termin beim Dienstleistungszentrum bekommen, Ihr Bauantrag nicht schneller bearbeitet wird und Schlaglöcher nicht schneller repariert werden.

## **Wie stehen Sie zu den Themen: Ehrenamt, Kultur, Sport und Vereinslandschaft?**

Diese Bereiche und die dort meist ehrenamtlich geleistete Arbeit sind der soziale Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Und so haben wir beispielsweise die Erhöhung der Sportfördermittel um 10 Prozent gefordert. Eine Rutsche fürs Hardtbergbad würde Bonns einziges „Familienbad“ fertigstellen und mittels kurzfristiger Anschaffung von Schwimmcontainern könnten wir das Heranwachsen einer Generation von Nichtschwimmern stoppen.

Aber all dies wie auch die Unterstützung der privaten Kulturbetriebe in Sachen hohe Energiekosten stießen bei Ihnen auf taube Ohren.

**Zugegeben, um dies alles bewältigen zu können, müssen wir die städtische Einnahmenseite – ohne Steuererhöhungen – optimieren sowie gleichzeitig die Ausgabenseite massiv reduzieren.**

- Mit einer guten Wirtschaftspolitik könnten wir den Mittelstand fördern. Dies schafft Arbeitsplätze und höhere Gewerbesteuerereinnahmen.

Dafür bräuchte es z. B. zwingend die Entwicklung des Gewerbegebiets Pützchen, damit das dem Land für 15 Mio. Euro gekaufte und rd. 20 Hektar große Gelände die Existenz für dutzende Bonner Unter-

nehmen sichert, anstatt als Bonns teuerste Blümenwiese zu verkommen. Hier wären Millionen Euro zu generieren.

- Es bräuchte endlich die Umsetzung unseres nun etwa vier Jahre alten Beschlusses zur Errichtung einer Stadtentwicklungsgesellschaft, die Grundstücke aktiv aufkauft, entwickelt und Nutzungen zuführt.
- Es bräuchte die Entwicklung gemeinsamer Gewerbeflächen mit dem RSK. Bitte aber auf Augenhöhe und nicht nur als Lippenbekenntnis.
- Durch die Veräußerung von städtischen Liegenschaften, die seit Jahren nicht genutzt werden, könnten weitere Einnahmen erzielt werden.
- Gewinnbringende, neue und innovative Projektfelder bei unseren Töchtern, wie den SWB, sind zu entwickeln (wie z.B. Klärschlamm verbrennen).

**Dies alles sind Beispiele, die zu einer deutlich verbesserten Einnahmesituation führen würden – ohne Steuererhöhungen!**

Darüber hinaus bräuchte es den politischen Willen einer ehrlichen Aufgabenkritik, um Ausgaben massiv zu kürzen. Hierzu haben wir gestern einen umfangreichen Haushaltskonsolidierungsantrag gestellt.

Die CDU-Fraktion schlägt beispielsweise vor:

- Das 50 Mio. Euro Budget „Klimaplan“ (DS-Nr. 222006) um ca. 11,1 Mio. Euro für 2024 zu reduzieren und die Mittel für 2023 auf 2024 übertragbar zu machen.
- Kein zusätzliches Personal für die Umsetzung des Klimaplanes und die Aufgaben in den Fachbereichen mit den zugeordneten Stellen aufzufangen.

Die Mittel für den Klimaplan können gestreckt werden, da genügend finanzielle Ressourcen und ausreichend konsumtive Mittel vorhanden sind. **So sieht das übrigens auch der Personalrat...**

- Den „Radentscheid“ im konsumtiven Bereich leicht strecken; 2023 um 350.000 Euro auf 1 Mio. Euro und 2024 um 650.000 Euro auf ebenso 1 Mio. Euro.

Wir haben den Radentscheid und seine Ziele politisch mitgetragen, aber ein Sparbeitrag ist auch hier zu erbringen und die unreflektierte Wegnahme von 700 Parkplätzen kommt für uns nicht in Frage.

- Den Bereich „OB - 2“ aufzulösen und die Personen auf die offenen Stellen in der Verwaltung verteilen; Einsparung 20 Stellen, ca. 1,4 Mio. Euro.

Die Programmbüros bei der Oberbürgermeisterin sind eine reine Doppelstruktur innerhalb der Verwaltung. Einen vergleichbaren Stellenaufwuchs brauchte in Bonn bislang kein OB. **Eine Vorbildlosigkeit ohne Gleichen!**

- Der Zuschuss an die SWB wird um 2,3 Mio. Euro auf 19 Mio. Euro reduziert.

Auch die städtischen Töchter müssen in unserer Haushaltslage Aufgabenkritik durchführen und Einsparpotentiale eruieren, z. B. durch vermehrte externe Vergaben von Fahrleistungen.

- Die durch die Fraktionen vereinbarten Fraktionszuwendungen werden in 2024 bei allen Fraktionen um 5% gekürzt, Einsparung ca. 114.000 Euro.

Denn wenn es ums Sparen geht, können wir uns selbst nicht ganz außen vorlassen.

**In Summe liefern die Vorschläge der CDU über 30 Mio. Euro an realen Einsparmaßnahmen und Mehreinnahmen in Millionenhöhe!**

**Doch was sind die Schwerpunkte von Grünen/SPD/Linken und Volt in Bonn?**

- Einseitige Bevorzugung des Radverkehrs anstatt partnerschaftliche Verkehrskonzepte
- Straßensperrungen ohne alternative Verkehrsführungen (z. B. Kappung Cityring, Rheinufer)
- Wegnahme von Autospuren auf Hauptverkehrsachsen (z. B. Herman-Wandersleb-Ring, Oxfordstraße, als nächstes kommt die Adenauerallee)

Unsere Stadt wird wissentlich und absichtlich in den Dauerstau geführt. Umwegfahrten, Parkplatzsuchverkehre und Schleichverkehre werden erzeugt. Das ist weder intelligent noch klimafreundlich.

Sie predigen eine heile, schöne, „grünere“ Welt doch Ihr Engagement begrenzt sich auf Sperrungen, Kostensteigerungen, Parkverbote und ideologische Umerziehungsmaßnahmen. Sie vernachlässigen das Schaffen von Alternativen.

### **Der ÖPNV mag als Beispiel dienen:**

- Leistungsfähigkeit der Stadtbahnlinie 63 reduziert
- Beschleunigung der Stadtbahnlinie 66 verspielt
- ÖPNV-Ausbau - Fehlanzeige
- Tarifdschungel fortgeführt
- Park & Ride-Konzepte fehlen
- Mobilitätshubs lassen auf sich warten

### **Oder der nicht geschaffene aber dringend benötigte neue Wohnraum:**

- Neubaugebiete sind nicht mehr im Fokus

- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren nicht in Sicht
- Nachverdichtung – insbesondere in die Höhe – ohne Augenmaß erzeugt soziale Spannungen
- Bauprojekte werden verzögert (z. B. Wohnpark II, An den Lappenstrünken)

**Und anstatt die Wirtschaft zu unterstützen, lassen sie diese links liegen:**

- Beliebte Veranstaltungen werden erschwert bzw. torpediert (Rhein in Flammen, Ostdeutscher Markt, keine Tarifstabilisierung für Pützchens Markt).
- Bestandssicherung und Entwicklungsmöglichkeiten von hiesigen Gewerbebetrieben sind für Sie Fremdworte. Sie vertreiben mit Ihrer Politik wichtige Steuerzahler aus Bonn.
- Sie schicken die Handwerker in den Dauerstau. Sie nehmen ihnen die Parkplätze bei ihren Kunden weg und sorgen so für erhöhte Rechnungen.
- Und wenn Ihnen nichts mehr einfällt, erhöhen Sie die Steuern.

**Was Sie können, ist die Kostenspirale für Bonner Bürgerinnen und Bürger ankurbeln, denn alles wird teurer:**



- Anwohnerparken wird 12 x teurer - bei gleichzeitig massivem Wegfall von Parkraum
- Parkraumkonzepte = nur noch bezahltes Parken
- Erhöhte Eintrittspreise bei Schwimmbädern, aber keine Sanierung

**Frau Oberbürgermeisterin**, Sie zeichnen Vorlagen der Verwaltung frei, Sie lassen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gremien für diese Positionen argumentieren und danach stimmen Sie gegen die von Ihnen gezeichnete Verwaltungsvorlage. **Es rumort in dieser Verwaltung...**

(Beispiele: Eigenreinigung, Stärkung Bürgerdienste in Stadtbezirken, Stärkung Stadtordnungsdienst, Brandschutzbedarfsplan, eigene Bauabteilung Feuerwehr)

**Liebe Ratsmehrheit**, die geplante Verdoppelung unserer Schulden ist ein **Verbrechen** gegen kommende Generationen, der von Ihnen hoch gepriesene Klimaplan eine **Mogelpackung**, die mehr in Stellenaufbau, ideologische Umerziehung und Planwirtschaft investiert anstatt in echte Klimaschutzmaßnahmen.

**Nur Reiche können sich Ihre Klimapolitik leisten!**

Wer ein Haus besitzt mit Garage und Stellplatz, der wird von Ihren Anwohnerparkgebühren nicht betroffen

sein und freut sich über die Wegnahme der Parkplätze, damit keine Fremden dort parken.

Wer einen Lifestyle pflegt, bei dem vier Tage die Woche „Home-Office“ angesagt sind, der wird Ihre Einschränkungen in der persönlichen Mobilität kaum spüren.

Wer aber von seiner Hände Arbeit lebt, fünf oder sechs Tage die Woche arbeiten geht und sich und seine Familie gerade über Wasser halten kann – denjenigen treffen Sie besonders hart.

Die Kommunalaufsicht schreibt Ihnen blaue Briefe. Gewerbe und Handwerk sowie viele Bonner Bürger und Bürgerinnen rufen Ihnen zu: „Einzig als Themen Klima & Verkehr reichen nicht für eine Stadt wie Bonn“. Doch leider können Sie – zum Schaden unserer Stadt – die Quittung Ihres Handels erst 2025 erhalten.

**Wir lehnen den vorliegenden Haushaltsentwurf ab!**